

Widerspruch: Keine Debatte

PINNEBERG: Kreishaus-Neubau von Tagesordnung abgesetzt

Um zu verhindern, dass das Thema Kreishaus-Neubau öffentlich beraten wird, legte Landrat Dr. Wolfgang Grimme (CDU) während der Sitzung Widerspruch ein.

Darf über den geplanten Neubau des Kreishauses öffentlich beraten werden? 23 von 53 Mitgliedern des Pinneberger Kreistags sahen darin kein Problem – somit fehlte während der jüngsten Sitzung des Gremiums die erforderliche Zwei-Drittel-Mehrheit, um den Tagesordnungspunkt in den nichtöffentlichen Teil zu verweisen.

Wer nun dachte, das Thema werde vor den Zuhörern dis-

kutiert, der irrte jedoch. Denn Landrat Dr. Wolfgang Grimme (CDU) legte Widerspruch ein. „Eine öffentliche Beratung ist nicht zulässig“, begründete er den Schritt. Die Stabsstelle Recht des Kreises hatte zuvor angesichts der eingereichten Anfragen der Fraktionen von SPD und Die Linke von einer öffentlichen Debatte abgeraten.

So hatten die Genossen unter anderem gefordert, den Beschluss, durch den die Firma Impala Immobilien GmbH den Zuschlag für den Kreishaus-Neubau erhalten hat, aufzuheben sowie Regressansprüche geltend zu machen. Die Linke konzentrierte sich vor allem auf die Frage, inwie-

weit die Zuverlässigkeit des Unternehmens gewährleistet sei und es die Kompetenz für die Erfüllung der Aufgabe besitze.

Alles Themen, die nach Auffassung der Stabsstelle zur „Wahrung der Interessen des Einzelnen“, aber auch des „öffentlichen Wohls“ unter Ausschluss der Öffentlichkeit debattiert werden müssten. Nicht zuletzt, um Rufschädigung und Klagen zu vermeiden. Eine Forderung, die kurz vor der Kreistagssitzung schon im Ältestenrat für einen Disput gesorgt hatte. Insbesondere, da nach einer schriftlichen Anfrage der SPD beim Innenministerium, ob es die Auffassung der Stabsstelle teile, kei-



CDU-Fraktionschefin Heike Beukelmann (CDU) und Kreispräsident Burkhard E. Tiemann (CDU) erläuterten im Anschluss an die Sitzung, warum eine öffentliche Debatte zu rechtlichen Schwierigkeiten hätte führen können. Foto: Unger

ne schriftliche, sondern nur eine mündliche Antwort vorlag – laut SPD vorgetragen von der Kreisverwaltung.

CDU und FDP unterstützten den Landrat. Linke- und SPD-Vertreter befürchteten indes eine Verschleierungs- und Verzögerungstaktik. „Alles,

was den Prozess stört, wie Fragen nach den Mehrkosten in Millionenhöhe, soll rausgehalten werden“, vermutete SPD-Fraktionschef Hans-Helmut Birke. Während der nächsten Kreistagssitzung muss nun über den Widerspruch beraten werden. (ung)